Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus

Vortrag von
Frau Professor Dr. Helga Grebing
am 22. April 1999
im Rathaus Schöneberg zu Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 4

Herausgeber:
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Der Vorstand:
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß (Vorsitzender)
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Gregor Schöllgen

Redaktion:
Dr. Wolfram Hoppenstedt, Dr. Bernd Rother, Carsten Tessmer

© 1999 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030/787707-0
EMail: info@willy-brandt.org
Internet: http://www.willy-brandt.org

Gestaltung:
Fürstenberg Kommunikation & Design,
Muhr am See
Realisation und Druck:
Druckerei Wenng GmbH, Dinkelsbühl

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2001

ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-03-2

Inhalt

Willy Brandt – Stationen seines Lebens 4

Grußwort des Vorstandsvorsitzenden
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß 7

Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit
und Sozialismus
Vortrag von Professor Dr. Helga Grebing 13

Abkürzungsverzeichnis 35

Willy Brandt – Stationen seines Lebens

1913	In Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957 und 1961	Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, von 1955-1957 dessen Präsident
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister
1969-1992	Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1969-1974	Bundeskanzler
1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Vorsitzender der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	In Unkel bei Bonn verstorben

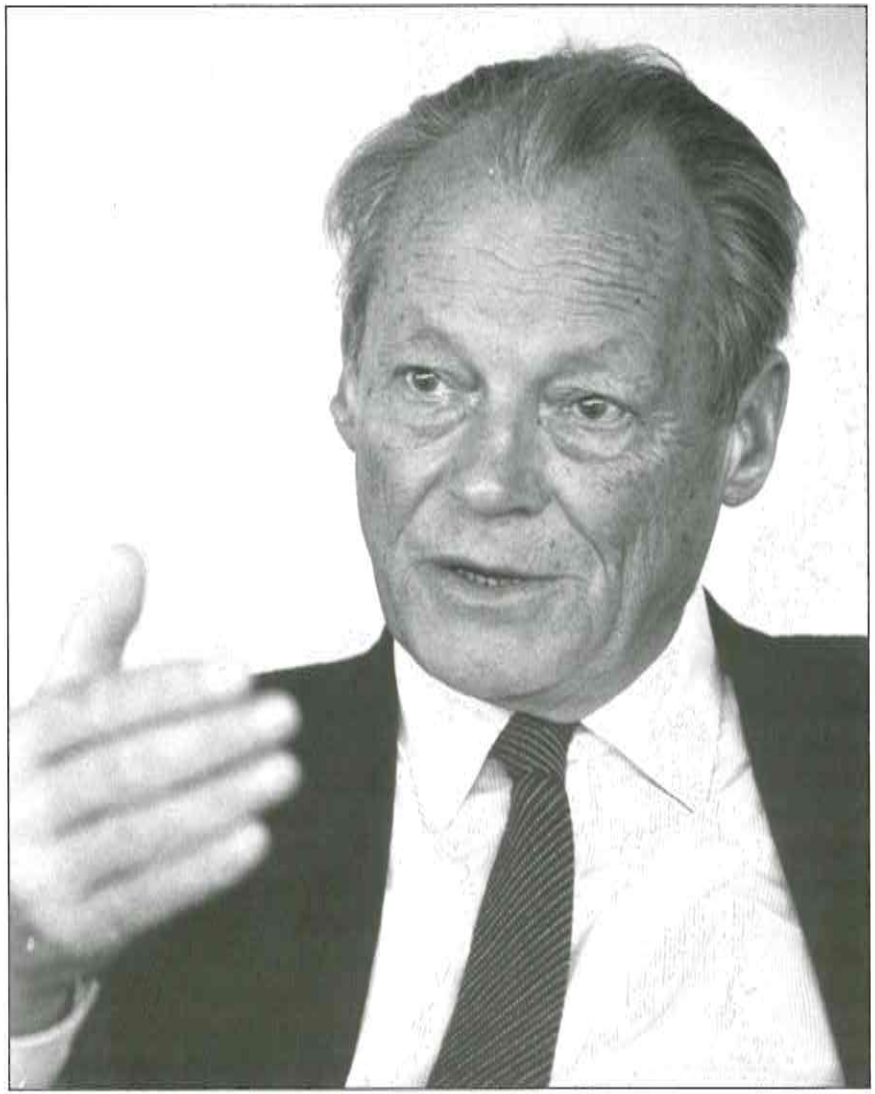

Foto: Fred Schöllhorn (WBA AdsD FES)

„Die Frage lautet für mich nicht: Freiheit oder Sozialismus. Sie lautet: Wie kann die Freiheit, wie kann die Demokratie durch vernünftige Maßnahmen nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen verankert und erweitert werden?“

Willy Brandt, 1960

Grußwort des Vorstandsvorsitzenden der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Präsident a. D. Dr. Gerhard Groß

Liebe Frau Professor Grebing,
sehr geehrter Herr Professor Brandt,
sehr geehrter Herr Professor Winkler,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Vorsitzender des Vorstandes der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte ich Sie – zugleich im Namen meiner Vorstandskollegen – sehr herzlich begrüßen. Ich danke Ihnen, daß Sie zu uns in das Rathaus Schöneberg gekommen sind.

Sie, Frau Professor Grebing, als Referentin des heutigen Abends begrüßen zu dürfen, ist mir eine große Freude. Als Mitherausgeberin der Willy-Brandt-Edition „Berliner Ausgabe", deren Bearbeitung zur Zeit auf Hochtouren läuft, sind Sie unserer Stiftung in besonderer Weise verbunden.

Die Herausgabe und Kommentierung der Schriften und Briefe Willy Brandts, die insbesondere im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn aufbewahrt werden, zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Stiftung. Die zehnbändige Willy-Brandt-Edition, an der – neben Frau Professor Grebing – die Professoren Heinrich August Winkler und mein Kollege im Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Herr Professor Gregor Schöllgen, als Herausgeber beteiligt sind, ist bisher das größte Projekt der Stiftung. Unser ehrgeiziges Ziel, die Bearbeitungszeit für die Edition auf nur 7 Jahre zu beschränken, ist sicher nur mit einem so hervorragenden Herausgeberteam realisierbar.

Frau Professor Grebing hat die verantwortungsvolle Aufgabe übernommen, die beiden ersten Bände der „Berliner Ausgabe", die bereits im Jahre 2000 zur Frankfurter Buchmesse erscheinen sollen, federführend zu betreuen. Es handelt sich um den Band über Willy Brandts Zeit im Stockholmer Exil, bearbeitet von Herrn Professor Einhart Lorenz aus Oslo, und den ersten Teilband über „Willy Brandt und die SPD", den Frau

Dr. Daniela Münkel bearbeitet. Daß Frau Dr. Münkel und Herr Professor Lorenz ebenso wie weitere Bearbeiter der Bände der Edition heute anwesend sind, freut mich sehr.

Herr Professor Lorenz hat zum Sommersemester dieses Jahres einen Lehrauftrag hier in Berlin übernommen. Er hat für die nächsten 1 ½ Jahre als erster Ordinarius einen Ruf auf die Heinrich-Steffens-Professur am Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität erhalten. Diese Gastprofessur wurde auf Initiative von Bundespräsident Roman Herzog eingerichtet und soll die Verbindung zwischen Norwegen und unserem Land auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet verstärken.

Ich bin davon überzeugt, daß Sie, lieber Herr Lorenz, dieses Anliegen in besonderer Weise erfüllen werden. Herzlich willkommen in Berlin!

Mit Frau Professor Grebing haben wir am heutigen Abend eine Persönlichkeit am Rednerpult, die sich aus wissenschaftlicher Warte mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie – und damit zugleich mit der Politik Willy Brandts – intensiv befaßt hat. Als gebürtige Berlinerin ist die Historikerin, die in Göttingen lebt, eng mit unserer Hauptstadt verbunden. In einer Arbeiterfamilie geboren, trat Frau Grebing bereits 1948 in die SPD ein. Sie studierte an der Humboldt-Universität und später an der Freien Universität, wo sie 1952 promovierte. 1959 erschien ihre erste größere Veröffentlichung – „Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen" –, die in einer Gesamtzahl von 116.000 Exemplaren achtzehnmal aufgelegt wurde. Im Jahre 1966 veröffentlichte Frau Grebing die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung". Das Buch wurde zu einem Standardwerk, das auch außerhalb der Wissenschaft große Beachtung findet. Es wurde elfmal aufgelegt. Ich halte es für erwähnenswert, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die „Geschichte der Arbeiterbewegung" 1993 auch ins Chinesische übersetzt wurde.

1969 habilitierte sich Frau Grebing an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main im Fach Politikwissenschaft. Die Wissenschaftlerin, die bis zu diesem Zeitpunkt als Redakteurin, Lektorin und Referentin für politische Bildung beruflich tätig war, begann nun eine exzellente universitäre

Laufbahn. Nach zwei Semestern Lehrtätigkeit in Frankfurt erhielt Frau Grebing 1972 einen Ruf an den Lehrstuhl für Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Georg-August-Universität in Göttingen. Ihre Vorlesungen und Seminare zogen die Studierenden an der Universität in der Zeit nach 1968 magisch an, lieferte die streitbare Historikerin und Politikwissenschaftlerin doch nicht nur kritische Analysen unserer Gesellschaft, sondern zeigte – als „Aktivbürgerin" selbst politisch stark engagiert – gangbare Wege zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf.

1987 übernahm Frau Professor Grebing – bis zu ihrer Emeritierung im Jahre 1995 – den neu errichteten Lehrstuhl für „Vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und der sozialen Lage der Arbeiterschaft" an der Ruhr-Universität Bochum. Als Geschäftsführende Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung setzte sie sich maßgeblich dafür ein, daß das Institut in wichtigen Forschungsbereichen, darunter der „Geschichte und Zukunft der Arbeit" und der „Europäischen Integration", bedeutende wissenschaftliche Akzente setzte. Im Jahre 1991 wurde Frau Professor Grebing mit dem Verdienstorden und 1996 mit dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.

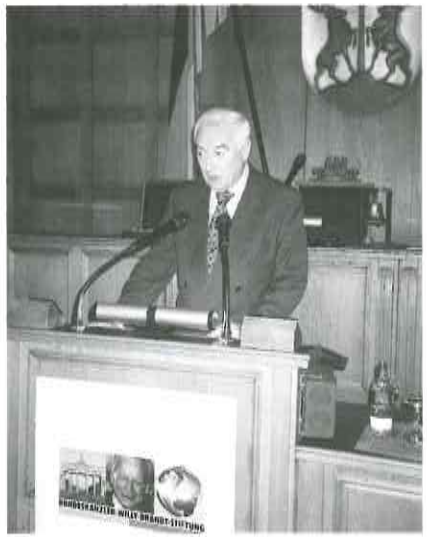

Foto: BWBS

Die wissenschaftliche Tätigkeit von Frau Professor Grebing blieb bei weitem nicht nur auf die Hochschule beschränkt. Die Historikerin widmete sich als Leiterin des Arbeitskreises „Geschichte des Landes Niedersachsen nach 1945" auch zahlreichen regionalgeschichtlichen Studien. Im vergangenen Jahr wurde sie – in Würdigung ihres Forschungswerkes – mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Niedersächsischen Verdienstor-

dens ausgezeichnet.

Frau Professor Grebing hat stets an ihrer Überzeugung festgehalten, daß wissenschaftliche Erkenntnis gesellschaftspolitische Verpflichtung nach sich zieht. In diesem Sinne hat sie sich ja auch über fünf Jahrzehnte in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands politisch engagiert und auf vielfältige Weise Willy Brandts Politik unterstützt. Sie ist zudem seit vielen Jahren Mitglied der Historischen Kommission der SPD.

Das Thema des heutigen Vortrages lautet „Willy Brandt – Ein Leben für Demokratie und Sozialismus".

Willy Brandt hat Demokratie oder als Synonym die Freiheit auf der einen Seite und Sozialismus auf der anderen Seite nicht als Alternativen verstanden. In seinem autobiographischen Werk „Mein Weg nach Berlin" äußerte er sich 1960:

> „Nach allen meinen Lebenserfahrungen, vor allem auch nach meinen Erlebnissen in den skandinavischen Ländern, lautet für mich die Frage nicht: Freiheit oder Sozialismus. Sie lautet: Wie kann die Freiheit, wie kann die Demokratie durch vernünftige Maßnahmen nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch in den kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen verankert und erweitert werden?"*

Wie auch diese Sichtweise zeigt, ist Willy Brandt eine der herausragenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie, deren Politikverständnis und politisches Handeln weit über parteipolitische Grenzen hinausreicht. Selbst ein eher konservativer Politikwissenschaftler wie Professor Hans-Peter Schwarz würdigt Brandt als „sozialdemokratische Jahrhundertgestalt".

Der Parteiführer und politische Visionär hat im Verlauf dieses Jahrhunderts den Wandel des Bildes des Sozialismus und seiner Zielrichtung miterlebt und maßgeblich mitgestaltet. Willy Brandt hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg frühzeitig und entschieden für eine Überwindung der Klassenbindung der Parteien und für eine programmatische Erneuerung der SPD eingesetzt. Mit dem Godesberger Parteiprogramm von 1959 wurde der Wandel der SPD zu einer Volkspartei möglich.

Unvergessen bleibt ein Kernsatz aus der ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers der sozialliberalen Koalition: „Wir wollen mehr Demokratie wagen."

Demokratie sollte nicht nur die politische Verfassung prägen, sondern zu einem lebendigen und tragenden Element in allen Bereichen unserer Gesellschaft werden.

Ich möchte mit diesen Gedanken mein Grußwort abschließen. Wir freuen uns jetzt auf den Vortrag „Willy Brandt – Ein Leben für Demokratie und Sozialismus".

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bitte Sie, liebe Frau Professor Grebing, nun das Wort zu ergreifen.

---

* Brandt, Willy, Mein Weg nach Berlin. Aufgezeichnet von Leo Lania, München 1960, S. 365f.

Foto: unbekannt (WBA AdsD FES)

Willy Brandt liest „Das Kampfsignal", das Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, ca. 1932

Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus

Vortrag von Prof. Dr. Helga Grebing

I.
Keine Freiheit ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie (1930-1968/69)

1. Ja, so kann man ihn sich vorstellen: den 16jährigen Jungen, der gerade eben, im Jahre 1930, zwei Jahre früher als üblich, in die SPD aufgenommen worden war, Vorsitzender der Gruppe „Karl Marx" der Sozialistischen Arbeiterjugend in Lübeck, das Hemd im leuchtenden Blau der Kornblumen, dazu das Halstuch im Rot der Mohnblumen, wie er mit seinesgleichen an einem Aufmarsch teilnimmt unter dem Transparent, auf dem steht: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel"[1].

Ja, er nannte sich ‚Sozialist'; war er auch ‚Marxist'? Sozialismus, so erklärte er später, war unter den jungen Deutschen seinerzeit weniger ‚wissenschaftlich' begründet als moralisch motiviert, hieß Kampf gegen Unrecht, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Die marxistischen Klassiker kannte man aus den populären Schulungsbroschüren; die Sowjetunion galt ihnen zwar nicht als „Vaterland aller Werktätigen", aber erschien ihnen als Versuch, „unter ungewöhnlich schwierigen Bedingungen die Grundlagen für eine Art russischen Sozialismus" zu schaffen: „Das beschäftigte uns sehr, aber ein einfaches Vorbild vermochten wir darin nicht zu erkennen."[2]

Damals begann ihn vielmehr, was zeitlebens anhielt, August Bebel zu faszinieren, der „Kaiser der Arbeiter", der gerechte Führer, der niemanden persönlich verunglimpfte; „aber gegen die Verfälscher des Endziels zog er rücksichtslos zu Felde"[3], so lesen wir in einem Aufsatz Brandts über August Bebel aus dem Jahre 1932; und in seinem Abituraufsatz aus dem gleichen Jahr findet sich der Satz: „Politi-

[1] Brandt, Willy, Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S. 44.

[2] Ebd., S. 58.

[3] Ebd., S. 14ff.

sche Demokratie allein gibt es aber nicht. Soziale und kulturelle Demokratie gehören zur wirklichen Demokratie hinzu."[4] Das war es, was Willy Brandt „ein Leben lang gedanklich leitete", wie er später sich selbst kommentierte[5].

2. Von April 1933 bis Sommer 1940 lebte Willy Brandt im Exil in Norwegen, vornehmlich in Oslo, unterbrochen von illegalen Aufenthalten in Berlin von Juli bis Dezember 1936 und in Spanien von Februar bis Juni 1937; vom Sommer 1940 bis zur Niederlage des nationalsozialistischen Terrorregimes hielt er sich in Schweden, vornehmlich in Stockholm, auf; 1938 war der Emigrant ausgebürgert worden, 1940 erhielt er die norwegische Staatsbürgerschaft[6].

Welche Horizonte sich in diesen Jahren für Willy Brandt neu eröffneten, welche Entwicklungsschübe er in diesen Jahren absolvierte, welche Reflexionsprozesse er hinter sich brachte – all das läßt sich nur schwer, wenn überhaupt und in einem notwendig auf Knappheit ausgerichteten Vortrag schon gar nicht überliefern. Stichworte müssen genügen:

- Brandt nahm Abschied vom Konzept des ‚revolutionären Sozialismus', wie es im Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), der er sich 1931 angeschlossen hatte, formuliert war;
- er gewann Einsicht in die europäischen Zusammenhänge von bürgerlicher Revolution und Emanzipationskampf der Arbeiterbewegung[7];
- er kam zu der Erkenntnis (unter dem Eindruck seiner Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg und angesichts des Hitler-Stalin-Paktes), daß die Sowjetunion nunmehr als „revolutionäre Kraft völlig" ausscheide, daß Stalins UdSSR „neben Hitler als reaktionäre Kraft erster Ordnung" einzuordnen sei und das Land sich „aus der sozialistischen Bewegung abgemeldet" habe;[8]

[4] Ebd., S. 32.
[5] Ebd.
[6] Vgl. Lorenz, Einhart, Willy Brandt in Norwegen. Die Jahre des Exils 1933 bis 1940, Kiel 1989.

[7] „Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien". Referat Willy Brandts auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP Anfang Juli 1937, erschienen als Broschüre, Paris 1937, S. 5.
[8] Vgl. Lorenz, Willy Brandt in Norwegen, S. 234; vgl. auch Brandt, Willy, Draußen. Schriften während der Emigration, hrsg. von Günter Struve, Berlin/Bonn-Bad Godesberg ²1976, S. 104.

- Brandt bekannte sich zu einem Sozialismus, der auf „Freiheit und Demokratie aufbauen" muß und stellte nachdrücklich fest: „Sozialismus ist ohne Freiheit und Demokratie nicht möglich."[9]

3. Ab 1942 erschien es Willy Brandt notwendig, „sich intensiver mit den Fragen der Nachkriegsentwicklung zu befassen", wie er an seinen älteren Freund und politischen Mentor Jacob Walcher schrieb, von dem er sich allerdings gerade zu lösen begann, ein Prozeß, der 1946

Foto: BWBS

mit der endgültigen politischen Trennung seinen Abschluß fand. Brandts Nachdenken über die Nachkriegsentwicklung wird beendet im Mai 1949 mit seinem großen Referat über „Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus", das er auf dem 6. Landesparteitag der Berliner SPD hielt. Das Jahr 1945 bildet also keine Zäsur, jedenfalls nicht in Hinsicht auf Willy Brandts grundsätzliche Orientierungen.

Bereits 1943 hieß es deutlich: „Wir kämpfen national und international für eine sozialistische Demokratie."[10] Und zu dieser Demokratie gehörte als ein Eckpfeiler die „umfassende Kontrolle über die Wirtschaft, um Krisen zu verhindern, Ordnung und Effektivität zu schaffen und die größtmögliche wirtschaftliche und soziale Gleichstellung zu erreichen. [...] Planwirtschaft mit dem Zweck, ausreichende Verbrauchsgüter zu erzeugen, dem ganzen Volke das Recht auf Arbeit und Wohlstand zu sichern und dem Fortschritt und der Kultur zu dienen."[11]

‚Planwirtschaft' – das hieß bereits 1944: „unter Aufrechter-

[9] Vgl. Brandt, Draußen, S. 104.

[10] Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, in: Willy Brandt – Berliner Ausgabe, Bd. 1.2, Dok. 5 (erscheint im Herbst 2000 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. in Bonn).
[11] Ebd.

haltung der Freiheit des Individuums"; das verlangte eine scharfe Unterscheidung zwischen „demokratischer Planwirtschaft" und „totalem Kollektivismus". Nur unter diesen Voraussetzungen schien es ihm möglich, „die große Aufgabe (zu bewältigen), die unserer Generation gestellt worden ist [...], die Synthese von Kollektivismus und Liberalismus zu finden"[12].

Der zweite Eckpfeiler, auf dem Brandt seine Argumente abstellte, war die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in einer demokratisch-sozialistischen Partei; das hieß zunächst bei Brandt und seinen Freunden in Stockholm, anders als bei der „Londoner Union der deutschen Exilsozialdemokraten", auch unter Einschluß der Kommunisten unter der Prämisse, daß diese die demokratisch-sozialistische Perspektive teilten; das hieß aber auch, ähnlich den Londonern, keine weitere Zersplitterung der Bewegung durch den Wiederaufbau der SAP, sondern im Herbst 1944 Anschluß an die SPD und die Empfehlung an die engeren persönlichen politischen Freunde, „sich im Geiste der guten SAP-Tradition am Aufbau einer möglichst einheitlichen demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland zu beteiligen"[13]. Zu diesem Zeitpunkt, Ende September 1945, war es klar, daß mit den Kommunisten nicht mehr über die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung zu verhandeln war – die SPD galt als der Anfang einer neuen Einheitspartei. Den definitiven Schlußstrich unter den langen Abschied von der „schönen Gewöhnlichkeit" der Idee einer einheitlichen sozialistischen Arbeiterbewegung zog Willy Brandt in einem Brief an Jacob Walcher am 30. April 1946: Die Bildung der SED sei „mit undemokratischen Mitteln und teilweise sogar mit gewalttätigen Methoden vorangetrieben worden"; „Zwangseinheit" nennt er den Vorgang, den er auch in den späteren Jahren in der gleichen

[12] Brandt, Willy, Nach dem Sieg. Die Diskussion über die Kriegs- und Friedensziele, Stockholm 1944; vgl. auch ders., Draußen, S. 45f.

[13] Warum Eintritt in die Sozialdemokaratie? Hektographierte Erklärung von Willy Brandt, Stefan Szende und Ernst Brehm, 25. September 1945, AdsD, WBA, Box: Emigration – lose Materialien; vgl. auch Grebing, Helga (Hrsg.), Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen junger Sozialisten 1944-1948, München 1984, S. 42-48.

präzisen Weise charakterisierte[14]. In der Folgezeit hat Willy Brandt keine Gelegenheit ausgelassen, darauf zu bestehen, „daß ein prinzipieller Unterschied und Gegensatz nicht nur des Weges, sondern auch der Zielsetzung besteht zwischen der sozialistischen Demokratie einerseits und dem sozialistisch drapierten Totalitarismus andererseits"[15].

Demokratischer Sozialismus, sozialistische Demokratie – das war das eine; das andere: die Notwendigkeit für die demokratische Arbeiterbewegung, sowohl mit dem Westen als auch mit dem Osten sich zu verständigen und alles zu tun, um für das Gelingen des demokratisch-sozialistischen Weges eine politische Tolerierung durch die Sowjetunion zu erreichen[16]. Die Unfähigkeit von nun schon beinahe Legionen von Historikern und Publizisten, diese beiden Grundpositionen von Brandt auseinanderzuhalten, hat durch die Jahrzehnte hindurch dazu geführt, daß Brandts instrumentelle Vernünftigkeit in diesem Fall immer wieder in ein Zwielicht gerückt werden konnte. Ebenso verhält es sich mit einer weiteren Grundposition: Willy Brandts Patriotismus; dieser hatte nichts zu tun mit einer altväterlich-dumpfigen Vaterlandsliebe, und Zwischentöne aus der Mitte der sechziger Jahre, die in diese Richtung zu weisen scheinen und die kürzlich Egon Bahr in seinem Plädoyer für ein normales Deutschland argumentativ herangezogen hat, sind der historischen Situation und strategischen Kalkülen ge-

[14] Brief Willy Brandts an Jacob Walcher vom 30. April 1946, AdsD, WBA, Box Emigration – lose Materialien; vgl. auch schon in diese Richtung weisend: Tatsachen zur Politik der Kommunisten, Oslo, September 1945 (anonym verfaßte von der Norwegischen Arbeiterpartei herausgegebene Broschüre); für später: „Die proletarisch genannte Diktatur ist kein Weg, nicht einmal ein Umweg, sie ist eine Sackgasse". Rede vor Berliner Sozialdemokraten am 12. April 1986, in: Materialien. Willy Brandt: Zwischen Essener Parteitag und Irseer Entwurf, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1986, S. 29-32.

[15] Brandt, Willy, Weitergeführte Demokratie, in: Der Monat, Jg. 1, 1949, Nr. 5, S. 30; s. auch hektographiertes Protokoll vom 5. Landesparteitag der Berliner SPD am 8. Mai 1948, AdsD, WBA, Bestand Unkel, Mappe 160.

[16] Vgl. Brief Willy Brandts an Jacob Walcher vom 26. August 1944, AdsD, WBA: Allgemeine Korrespondenz 1944, und SAPMO-BArch, Nachlaß Walcher, Ordner 24; auch Willy Brandt – Berliner Ausgabe, Bd. 1.2, Dok. 9.

schuldet[17]. Brandts Patriotismus beruhte auf der Überzeugung, daß ein auf Freiheit, Demokratie und Sozialismus gegründetes neues Deutschland nur dann eine dauerhafte Chance haben könnte, wenn, wie er seit 1941 argumentierte[18], die Nichtbeachtung des Selbstbestimmungsrechtes für ein demokratisches Deutschland und eine „Demütigungs- und Besetzungspolitik" durch die Siegermächte verhindert werden konnten, und er fand harsche Töne gegenüber den Siegern, hierin Kurt Schumacher ähnlicher, als er es selbst wohl wahrnehmen mochte.

Willy Brandts deutscher Patriotismus war einer in europäischen Farben, der ein wenig an die 1848er – durch Wilhelm Liebknecht und August Bebel vermittelte – Tradition der Arbeiterbewegung erinnerte: Was er 1944 postulierte, nämlich daß die Vertretung deutscher nationaler Interessen immer in Einklang mit gesamteuropäischen Lösungen zu stehen habe[19], mochte er im November 1989 hier in Berlin von der geschichtlichen Entwicklung als bestätigt betrachtet haben: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Jetzt erleben wir [...]: die Teile Europas wachsen zusammen."[20]

[17] Bahr, Egon, Der Nationalstaat: überlebt und entbehrlich, Göttingen 1998, S. 5f. Die Aussagen Willy Brandts, „Kein Volk kann auf Dauer leben [...], wenn es nicht ja sagen kann zum Vaterland" und – direkt an die „Heimatvertriebenen" gerichtet – Brandts Erinnerung an die Pflicht, „soviel wie möglich von Deutschland für die Deutschen zu retten", die er auf dem SPD-Parteitag 1966 und im Jahr davor auf der „Volkspolitischen Tagung" der SPD äußerte, gehörten zum Konzept der „Gemeinsamkeitspolitik"; vgl. dazu: Grebing, Helga, Sozialdemokratie und Nation. Zur Geschichte der Diskussion der „nationalen Frage" in der SPD vor und nach 1945, in: Schönhoven, Klaus/Staritz, Dietrich (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Festschrift für Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 69-90, hier: S. 81f.

[18] Vgl. Brandt, Draußen, S. 21 (1941), S. 23f. (1942); Grebing, Helga, Was wird aus Deutschland nach dem Krieg? Perspektiven linkssozialistischer Emigration für den Neuaufbau Deutschlands nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch, Bd. 3, München 1985, S. 43-58.

[19] Die Krise der Arbeiterbewegung, Manuskript, verfaßt in Oslo, März 1946, AdsD, Nachlaß Erna und Joseph Lang, Ordner 7; auch Willy Brandt – Berliner Ausgabe, Bd. 1.2, Dok. 18.

[20] Brandt, Willy, „... was zusammengehört": Über Deutschland, Bonn ²1993, S. 36.

Foto: unbekannt (WBA AdsD FES)

Willy Brandt vor dem Rathaus Schöneberg zu Berlin

Den Höhepunkt und zugleich Schlußstein der programmatischen Äußerungen Willy Brandts zwischen 1939 und 1949 bildete seine Rede auf dem 6. Landesparteitag der Berliner SPD im Mai 1949. In diese Rede wurden von ihm alle bisher angesprochenen Komponenten aufgenommen, die meisten in der Partei nach 1945 diskutierten Konzepte und Begriffe aufgegriffen und historisch-programmatisch vertieft, und zugleich eine aus heutiger Sicht fast klassisch zu nennende Definition des demokratischen Sozialismus angeboten, die fortan sein Sozialismus-Verständnis prägte:

„Der demokratische Sozialismus ist ein in sich nicht abgeschlossenes System von Vorstellungen über eine Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sein formuliertes Programm wird immer nur die Summe gemeinsamer grundsätzlicher Überzeugungen in einer bestimmten Periode entsprechend dem Grad wissenschaftlicher Erkenntnis sein können. Aber diesen sich weiterentwickelnden grundsätzlichen Überzeugungen liegt eine gemeinsame Lebensanschauung zugrunde. Sie fußt auf dem Bekenntnis zur Freiheit und zum Humanismus, zum Rechtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit."[21]

Dreißig Jahre später hat Willy Brandt sein Bemühen, parallel zur Beratung des Grundgesetzes eine Programm-Debatte in seiner Partei zu entfachen, ausführlich kommentiert: „Das fand nicht viel Gegenliebe, und ich habe mich dann – ähnlich wie Ernst Reuter – auf die aktuellen Herausforderungen konzentriert." Am Zustandekommen des Godesberger Programmentwurfs habe er dann, obwohl inzwischen Mitglied des Parteivorstandes, „keinen ins Gewicht fallenden Anteil" gehabt[22].

[21] „Programmatische Grundlagen des demokratischen Sozialismus". Rede auf dem 6. Landesparteitag der Berliner SPD am 8. Mai 1949, Berlin-Grunewald 1949, S. 18 (Bibliothek der FES, A 15278); vgl. auch 5. Landesparteitag der Berliner SPD am 8. Mai 1948, Protokoll, S. 137-141, 293-298; vgl. des weiteren: „Die weltpolitische Lage und die Aufgaben der SPD". Referat auf der Konferenz der Kreis- und Abteilungsfunktionäre am 14. Januar 1949, abgedruckt in: Mitteilungen für Funktionäre des Landesverbandes Groß-Berlin der SPD, Februar 1949, in: AdsD, WBA, Publizistische Äußerungen, Mappe 44.

[22] „Godesberg nicht verspielen!" Rede zum 20. Jahrestag der Verabschiedung des „SPD-Grundsatzprogramms" am 14. November 1979, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1979, S. 12; auch in Fetscher, Iring (Hrsg.), Geschichte als Auftrag. Willy Brandts Reden zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin/Bonn 1981, S. 317.

4. Die folgenden Jahre bis 1968/69 blieben für mein Thema fast stumme Jahre; insofern nicht ganz, als Willy Brandt zu den Inauguratoren der „Gemeinsamkeitspolitik" gehörte und deutlich machte, daß er den Begriff „freiheitlicher Sozialismus" anstelle des „demokratischen Sozialismus" bevorzugte. Selbstverständlich war ihm die Betonung, daß eine Politik auf der Grundlage des Godesberger Programms keinen „Ausschließlichkeitsanspruch" erhebe, und daß der Sozialismus „kein Religionsersatz" sei, zumal er, Brandt, gelernt habe, „Fragen des Glaubens ernster zu nehmen als in meiner frühen Jugend. Ich habe auch gelernt, was christliche Ethik für das praktisch-politische Handeln bedeuten kann."[23] Daß er sich auf die päpstliche Enzyklika *Mater et magistra* berief, war aus dieser Sicht weniger bemerkenswert als der Versuch, August Bebel als Kronzeugen für die „Gemeinsamkeitspolitik" zu gewinnen: Nach diesem bedeute Sozialist sein, nicht bloß den Triumph der eigenen Partei vorzubereiten, „es heißt arbeiten für eine Gesellschaftsordnung, in der alle aktiven Kräfte harmonisch verbunden werden und zu aller Nutzen zusammenwirken sollen."[24]

Erst ab 1968 – Brandt war auf dem Wege zur Bundeskanzlerschaft – wurden die Töne in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner wieder schärfer und zugespitzter, ja polarisierender: Für die CDU/CSU bedeute Demokratie eine Organisationsform des Staates; für die SPD bedeute sie „ein Prinzip, das alles gesellschaftliche Sein der Menschen beeinflussen und durchdringen muß"[25]. Gleichzeitig nahm Brandt ein Thema auf, das länger als ein Jahrzehnt ihn immer wieder zu Stellungnahmen herausforderte. Die

[23] Brandt, Willy, Plädoyer für die Zukunft. Zwölf Beiträge zu deutschen Fragen, Frankfurt/M. 1961, S. 16.

[24] „Wer rastet, der rostet – Dynamische Politik als deutsche Gemeinschaftsaufgabe". Referat Willy Brandts auf dem Parteitag der SPD in Köln vom 26. bis 30. Mai 1962, Protokoll der Verhandlungen und Anträge, S. 69; vgl. auch Brandts Referat auf dem Parteitag in Karlsruhe vom 17. bis 23. November 1964, S. 130-152.

[25] Brandt, Willy, Die Alternative, in: ders. u.a. (Hrsg.): Zwanzig Jahre Bundesrepublik, zehn Jahre Godesberger Programm der SPD, Bonn 1969, S. 4 (Die Neue Gesellschaft, Jg. 16, 1969, Sonderheft); vgl. auch Ehmke, Horst (Hrsg.), Perspektiven. Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den siebziger Jahren. Erläutert von 21 Sozialdemokraten, Reinbek 1969.

CDU/CSU deklarierte „Freiheit oder Sozialismus"; für die SPD und Brandt konnte es nur um „Freiheit und Sozialismus" gehen; ohne Freiheit gab es keinen Sozialismus, aber ohne Sozialismus auch keine Freiheit. Dieses Spannungsfeld beschäftigte Willy Brandt bis an das Ende seines Lebens.

II.
Sozialismus ist konsequente Demokratie (1969 - 1979)

1. Für das Jahrzehnt zwischen 1969 und 1979 ist die Überlieferung, auch was die Thematik dieses Vortrages angeht, besonders dicht; die Äußerungen von Willy Brandt sind nicht loszulösen von seiner Doppelfunktion als Bundeskanzler (bis 1974) und als Parteivorsitzender; aber sie erfolgen zugleich auch aus einer doppelten Frontstellung heraus: gegen ins linksradikale Spektrum changierende Positionen inner- und außerhalb der Sozialdemokratischen Partei und gegen die ‚Konservative Revolution' à la Franz-Josef Strauß, für den konservativ sein bedeutete, „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren".

In den Texten, auf die im folgenden einzugehen sein wird, wird deutlich, daß Brandt nicht mißverstanden werden wollte; er stellte nicht den Anspruch, ein Theoretiker zu sein oder gar ein ‚Schriftgelehrter'. Er war vielmehr ein Politiker, aber einer „mit ausgeprägten theoretischen Bedürfnissen", genauso wie es Brigitte Seebacher-Brandt für August Bebel festgestellt hat[26]. Brandts Reden sprachen, folgt man ihrer klaren inneren Struktur, eigentlich immer für sich selbst und bedurften keines verzierenden, schon gar nicht verschnörkelnden Kommentars. Man hörte sie mit angespannter, anhaltender Identifikation, und man kann sie noch nach Jahrzehnten, wenn man sie liest, so wahrnehmen. Zwischen „Reden hören" und „Reden (im nachhinein) lesen" besteht bei ihm kein Bruch, was selten bei Politikern zu beobachten ist. Man hört ihn, wenn man ihn liest, und man liest ihn, als ob man ihn hört.

Es waren die Reden auf den SPD-Parteitagen in den Jahren 1970, 1973, 1975, auf Veranstaltungen der SPD und der Friedrich-Ebert-Stiftung zum 15. und 20. Jahrestag der Verabschiedung des Godesberger Programms, zur hundertsten Wiederkehr des Sozialistengesetzes, zum 30. Jahrestag der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier, in der Evangelischen Akademie in Tutzing über „Freiheit oder Sozialismus"; dazu kamen Beiträge im Vorwärts und in der Neuen Gesellschaft sowie Interviews in verschiedenen Presseorganen.

2. Welche Botschaften hatte Willy Brandt? Zunächst ging es ihm um das Profil seiner Partei, die er als eine „Willens- und Ideengemeinschaft" betrachtete, als eine „geistig-politische Strömung", an den ethischen Grundwerten des Godesberger Programms ausgerichtet, die er im Kern „nicht für wandelbar" hielt.

[26] Vgl. Seebacher-Brandt, Brigitte, Bebel. Künder und Kärrner im Kaiserreich, Berlin/Bonn 1988, S. 267

Foto: dpa (WBA AdsD FES)

Bundeskanzler Willy Brandt am Schreibtisch seines Amtszimmers im Palais Schaumburg, 29. November 1971

Die „große integrationsfähige (...) Partei des Volkes" sollte die SPD sein, „die in breiten Schichten der Arbeitnehmerschaft verankert bleibt und für alle diejenigen offen ist, für die Demokratie eine gesellschaftliche Notwendigkeit und Sozialismus konsequente Demokratie bedeutet"[27]. Immer wieder, wenn nicht sogar unablässig, hob Willy Brandt den hohen, ja prioritären Stellenwert der Freiheit und des ständigen Strebens nach Eigenständigkeit des Individuums hervor. Das war ein höchst antiautoritärer Zug in seinem Denken, mit dem er jedoch nicht ins Libertär-Anarchische abschwirrte; im Gegenteil, er wußte, daß die Bewegung, der er sich zurechnete, dem längst entwachsen war.

Freiheit, so wie Willy Brandt sie verstand, war nur durch institutionalisierte Demokratie zu sichern; unter Berufung auf Kurt Schumacher und im Anschluß an Bruno Kreisky bedeutete deshalb Sozialismus für ihn „vollendete Demokratie". Und diese war höchst praktisch zu verstehen als „Demokratisierung unserer Gesellschaft" durch Mitbestimmung und Mitverantwortung in allen großen Bereichen von Staat und Gesellschaft und den zielstrebigen Abbau von Privilegien auf allen Gebieten. Insofern hieß eben „mehr Demokratie wagen" „mehr Freiheit schaffen" und bedeutete Sozialismus „einen Entwurf auf Freiheit hin, der offen bleibt, in Bewegung und damit menschlich"[28].

In diesem Denkzusammenhang prägte Brandt 1972 bzw. 1974 den Begriff der ‚Neuen Mitte' als „Standort eines Regierungsbündnisses und seiner möglichen geschichtlichen Funktion". Für ihn war die ‚Neue Mitte' (anders als heute) kein Kon-

[27] Schlußwort Willy Brandts auf dem Parteitag der SPD in Hannover vom 10. bis 14. April 1973, Protokoll der Verhandlungen, S. 951; s. auch Idee und Wirklichkeit. Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt, in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 17, 1970, Heft 1, S. 23-41.

[28] „Unsere politische Richtlinie für die siebziger Jahre". Referat Willy Brandts auf dem Parteitag der SPD in Saarbrücken vom 11. bis 14. Mai 1970, Protokoll der Verhandlungen; ders., Der Auftrag des demokratischen Sozialismus. Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher, Bonn-Bad Godesberg 1970 (auch in Fetscher, Geschichte als Auftrag, S. 219ff.); „Freiheit oder Sozialismus?" Rede Willy Brandts auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing am 7. März 1976, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1976; „Freiheit und Sozialismus". Rede Willy Brandts zum 30. Jahrestag der Eröffnung des Karl-Marx-Hauses in Trier am 4. Mai 1977, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1977.

strukt der Politik, um Wahlen zu gewinnen. Vielmehr nannte er als wichtigstes Ziel dieser, seiner ‚Neuen Mitte', „mehr Freiheit und Gerechtigkeit für bisher benachteiligte und zurückgesetzte Bürger zu schaffen" und damit „ein Höchstmaß an individueller Freiheit – für alle, und das heißt: nicht zum Schaden anderer". Zwischen Sozialstaat und freiheitlichem Rechtsstaat bestand für ihn kein Gegensatz; „sie müssen sich vielmehr ergänzen".

3. Aus dieser Sicht und zugleich eingehend auf den Mißbrauch, „der unter dem Namen Sozialismus betrieben wird: auch und gerade durch die Verantwortlichen in der DDR", war es nur konsequent, wenn Willy Brandt 1976 in der Evangelischen Akademie in Tutzing erklärte: „Mir gefiele deshalb, wenn wir vom freiheitlichen Sozialismus reden könnten, weil darin noch stärker zum Ausdruck käme, was wir Sozialdemokraten meinen."[29]

Über die Jahre deutlicher wurde deshalb die Feststellung: Deutsche Sozialdemokraten sind demokratische Sozialisten, zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten gibt es keinen Gegensatz, und die SPD ist „die Partei der Freiheit"[30]. Nichts zu wünschen übrig ließen auch die fundamentale Distanzierung von den „sich sozialistisch nennenden kommunistisch regierten Staaten" und die scharfe Kritik an der „Verzerrung der Marxschen Lehre, die schließlich von Stalin als ‚Marxismus-Leninismus' dogmatisiert und die zur Rechtfertigung der Parteidiktatur in der Sowjetunion und anderen sich sozialistisch nennenden Ländern genutzt wurde und wird" – „die erste totale Parteidiktatur der modernen Geschichte", wie Brandt 1977 feststellte[31].

[29] Brandt, „Freiheit oder Sozialismus?", S. 5.

[30] Brandt, Willy, Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto Wels, Bonn-Bad Godesberg 1974 (auch in Fetscher, Geschichte als Auftrag); vgl. auch „Das Grundgesetz verwirklichen – Deutsche Politik und sozialdemokratische Grundsätze". Referat Willy Brandts auf dem Parteitag der SPD in Hannover vom 10. bis 15. November 1975, Protokoll der Verhandlungen, S. 63.

[31] Brandt, Zum 20. Todestag von Kurt Schumacher, S. 5; ders., „Freiheit und Sozialismus", S. 11f.

III.
Die SPD bleibt die „Partei des demokratischen Sozialismus" (1979 - 1992)

1. Noch 1979 hatte Willy Brandt nachdrücklich festgestellt: Godesberg gilt; die SPD braucht für einen überschaubaren Zeitraum kein neues Grundsatzprogramm. Fünf Jahre später hieß es: Man wolle Godesberg nicht auslöschen, wohl aber zeitgemäß weiterentwickeln.

Warum dies? Sozialer Wandel und neue Probleme drängten Fragen auf, für die das Godesberger Programm keine Antworten hatte: auf das Wettrüsten, auf die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Technik und Zivilisation, auf die falsche Hoffnung eines stetigen Wirtschaftsaufschwungs, auf die Desavouierung des notorischen Fortschrittsoptimismus. Und schließlich, so Willy Brandt: „Das Problem ‚Kontrolle wirtschaftlicher Macht', von dem wir ein Jahrzehnt nur leise gesprochen haben, ist ungelöst wie eh und je."[32]

Damit stellte sich für Brandt die Frage: „Was soll uns demokratischer Sozialismus für den Rest dieses Jahrhunderts und darüber heißen?" Um so mehr, als er sich weit entfernt davon sah, „zu glauben, die Arbeiterbewegung, in deren Tradition die Sozialdemokratie steht, habe im großen und ganzen ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt". So blieb für ihn die SPD die „linke Volkspartei", die „Partei des demokratischen Sozialismus"[33].

2. Im Godesberger Programm war nur wenig die Rede von der Zukunft bzw. Befreiung der Arbeit; gerade sie waren nach Auffassung Willy Brandts ein Kernproblem der zukünftigen Programmatik des demokratischen Sozialismus. Es ging im abstrakten Sinne um die Befreiung von nicht menschengerechter Arbeit, „und dies nicht bloß, weil die Eigentumsverhältnisse im Kern so geblieben sind,

[32] „25 Jahre nach Godesberg". Rede Willy Brandts im Erich-Ollenhauer-Haus am 12. November 1984, in: Materialien, S. 3.

[33] „Die konservative Woge hat den Scheitelpunkt überschritten". Rede Willy Brandts auf dem Parteitag der Landesorganisation Bremen am 22. Juni 1985, in: Materialien, S. 7-11; ders., Antworten über den Tag hinaus. Auszug aus der Kolumne in Sozialdemokrat Magazin 1/1985, ebd., S. 6; ders., Demokratischer Sozialismus, in: Meyer, Thomas u.a. (Hrsg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 120-132.

wie sie sind", es ging um die Wiedergewinnung der Mündigkeit des unmittelbaren Produzenten. Konkret verstand Brandt darunter die Forderung nach Erweiterung der ‚Mitbestimmung am Arbeitsplatz', die bereits in den 70er Jahren zu stagnieren begonnen hatte; in der Erweiterung der Mitbestimmung als Teilprojekt der schrittweisen Demokratisierung der Gesellschaft sah er die Chance für „eine fühlbare, eine substantielle Ausweitung der individuellen Freiheit und eine reale Annäherung an das Ideal der Selbstbestimmung des Menschen". Ideen vom ‚Recht auf Faulheit', die im Anschluß an das berühmte Pamphlet von Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue in unseren siebziger Jahren wieder zu blühen begonnen hatten, erteilte er eine schmunzelnde Absage: „Ganz ohne Arbeit ist das ‚sozialdemokratische Glück' nicht zu haben ..."[34] Und frech ließe sich aus heutiger Sicht hinzufügen: schon gar nicht in der Toskana. So erhielt das angestrebte neue Programm, das zunächst als Irseer Entwurf im Juni 1986 das Licht der sozialdemokratischen Welt erblickte, von Willy Brandt, dem Vorsitzenden der Programmkommission (und der Partei), den Stempel aufgedrückt: „Aber [das] Arbeiterbewegungserbe der Sozialdemokratie, das zeitweise zu verblassen schien, wird deutlich herausgestellt werden."[35]

Brandt war überzeugt davon, daß die programmatischen Einzelpunkte nicht „zu einem stimmigen Ganzen" zusammengefaßt werden könnten, „ohne das Vermächtnis der freien Arbeiterbewegung und ohne das, was die ideelle Substanz des demokratischen Sozialismus ausmacht. Ich jedenfalls bin weit davon entfernt zu glauben, die Arbeiterbewegung habe im großen und ganzen ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt. Die moderne Arbeiterbewegung war angetreten, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not zu schaffen, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, eine Gesellschaft, in

[34] Wer weiß schon, wo das Paradies liegt? Vorwort Willy Brandts zu: Van Haaren, K./Klose, H.-U./Müller, M. (Hrsg.), Befreiung der Arbeit, Bonn 1986 (geschrieben im Oktober 1985), in: Materialien, S. 14; s. auch „Maßstab Selbstbestimmung. Modernisierung der Industriegesellschaft und Zukunft der Arbeit". Rede Willy Brandts auf der AfA-Bundeskonferenz am 7. März 1986 in Hannover, ebd., S. 24-28.

[35] Brandt, „Maßstab Selbstbestimmung", S. 25.

der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte. Wer Augen hat zu sehen und nicht privilegienbedingt schielt, der sieht, daß dieses Ziel lange nicht erreicht ist, nicht hier und schon gar nicht in der ganzen weiten Welt der Knechtschaft und des Leidens [...], jener Welt der Knechtschaft und des Leidens, die etwas weiter ausgreift als unsere Grenzen und die uns ganz und gar nicht gleichgültig sein kann."[36]

Reziprok dazu erfolgte die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. So hat Brandt 1986 in seiner Rede am 40. Jahrestag der Urabstimmung hier in West-Berlin das, was oft genug auch von Sozialdemokraten heute verharmlosend, vielleicht sogar anbiederisch an die alte DDR-Interpretation als „Verschmelzung" bezeichnet wird, ohne Wenn und Aber als eine Zwangsvereinigung bezeichnet und Kurt Schumachers Haltung indirekt legitimiert: Der Einfluß von Auslandsfaktoren sei seinerzeit dominierend gewesen, und Brandt betont, „daß deutsche Eigeninitiativen allein unter den gegebenen Umständen nicht weit hätten tragen können"[37]. Noch oder gerade im Dezember 1989, auf dem Berliner Programmparteitag der SPD, räumte Willy Brandt ein: „Es war ein schweres Versäumnis, nicht noch energischer, als wir es getan haben, dagegen angegangen zu sein, daß der Begriff Sozialismus für diktatorische Herrschaftsformen und Kommandowirtschaft in Anspruch genommen wurde. Auch Leuten, denen solche Klarheit zuwider ist, muß eingehämmert werden: Die geistige Fundierung der freiheitlichen Sozialdemokratie unterscheidet sich nicht graduell, sondern ist etwas prinzipiell anderes als die eines autoritären Kollektivismus. Und einen Sozialismus, der keiner war, konnte man auch nicht reformieren."[38]

Diese Klarheit – erlauben Sie mir, für eine Sekunde aus der Chronistenpflicht herauszuspringen – scheint heute manchem in der SPD immer noch oder schon wieder ‚zuwider', denkt man an die ohne direkten Anlaß entfachte Diskussion über ein Bündnis zwischen SPD und PDS in Ostdeutschland.

Willy Brandt hat zugleich, wie zuerst in den vierziger Jahren im Exil, die damals begonnene Spur nie verlassen und damit nicht getrennt, was nach seiner grundsätzlichen Einsicht zusammengehörte: Grundsätzliche Unterschiede und weltanschauliche Gegensätze zu den kommunistischen Systemen „dürfen eine auf Kriegsverhütung, gemeinsame Sicherheit und konstruktive zwischenstaatliche Zusammenarbeit zielende Politik nicht verhindern, auch nicht unnötig erschweren"[39]. Wieder andere, diesmal außerhalb der SPD, haben diese Klarheit nie begriffen und/oder wollen sie bis heute bei ihrem Urteil über die Brandtsche Ostpolitik nicht verstehen.

3. In seiner Abschiedsrede als Vorsitzender der SPD am 14. Juni 1987 hat Willy Brandt die Grundmelodie seines politischen Credos besonders eindringlich wiederholt. Sich selbst die Frage stellend, was ihm neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, gab er seine „Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit." Und er fügte hinzu: „Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen."[40] Als der scheidende Parteivorsitzende an einer anderen Stelle dieser Rede davon sprach, daß er nun dem Buch seines politischen Lebens ein neues Kapitel hinzuzufügen beabsichtige, erklärte er: „immer noch, oder jetzt erst recht, unter dem Gesamttitel: Frei und links"[41]. Die bekannte Reihenfolge „Links und frei" war zugunsten der Freiheit umgestellt.

Auch die SPD blieb ihm die „Partei der Freiheit", der Zusammenschluß deutscher Patrioten mit europäischer Verantwortung. Die mehr oder weniger klugen Gedanken von einigen Intellektuellen über das – positiv gemeint – Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts fand er mehr als merkwürdig; in einer seiner letzten öffentlichen Re-

[36] Rede Willy Brandts auf dem Parteitag der SPD in Essen 1984, Protokoll der Verhandlungen, S. 432.

[37] Brandt, „Die proletarisch genannte Diktatur", in: Materialien, S. 29; vgl. auch Brandts Rede „Den eigenen Weg neu finden" vom 4. April 1981 zum 35. Jahrestag der Urabstimmung der Sozialdemokraten in den Berliner West-Sektoren, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1981 (auch in: Die Neue Gesellschaft, Jg. 28, 1981, H. 5, S. 396ff.).

[38] Ders., „... was zusammengehört", S. 71.

[39] Ders., „Die proletarisch genannte Diktatur", S. 32.

[40] Abschiedsrede Willy Brandts auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg am 14. Juni 1987, in: Vorwärts, Nr. 25, 20. Juni 1987, S. 24.

[41] Ebd., S. 27; vgl. auch „Die Zukunft des Demokratischen Sozialismus". Referat Willy Brandts vom 15. Januar 1990, AdsD, WBA, Publizistische Äußerungen, Mappe 187.

den im November 1991 in Nürnberg beschied der Ehrenvorsitzende der SPD die Anhänger solcher Gedanken: „In meinem Selbstverständnis bin ich als Sozialist aufgewachsen und halte die damit verbundenen Hoffnungen und Überzeugungen – wenngleich viel erreicht wurde – auch heute nicht für verbraucht..."[42]. Deshalb sollte sein letztes großes Buchprojekt in einem Teilbereich der „Zukunft der Sozialdemokratie (und des freiheitlichen Sozialismus)" gewidmet sein.

4. Wie seit eh und je gab es für Willy Brandt keinen Zweifel daran, „daß sich diktatorischer Kommunismus und freiheitlich-demokratischer Sozialismus nicht auf einen Nenner bringen lassen..."; er bekräftigte, daß es keinen inhaltlichen Unterschied gab zwischen Sozialdemokratie und freiheitlichem Sozialismus, sah aber die Schwierigkeiten, die für die Sozialdemokratie darin steckten, daß „im mißbrauchten Namen des Sozialismus das Gegenteil angerichtet" worden sei von dem, was die SPD wolle; deshalb zögen es viele ihrer Mitglieder – ihn selbst eingeschlossen – vor, sich Sozialdemokraten zu nennen, anstatt immer wieder erklären zu müssen, „worin sich unser Sozialismus von dem grundlegend unterscheidet, was daraus anderswo gemacht wurde"[43].

Die „grundlegenden Koordinaten" – was auch immer sich auf dem Wege ins 21. Jahrhundert ändern werde und müsse – „dürften gültig bleiben", so lautete sein Vermächtnis. „Demokratischer Sozialismus will soziale Gerechtigkeit und eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, auch einer effektiven Wirtschaftsordnung, auf der Basis der unbedingten Achtung der Menschenrechte und auf dem Boden unantastbarer Rechtsstaatlichkeit. Er erstrebt eine Gesellschaft der Freien und Gleichen."[44]

[42] „Die Zukunft der Sozialdemokratie (und des freiheitlichen Sozialismus)". Referat Willy Brandts auf der Feier zum 125jährigen Bestehen der Nürnberger SPD am 13. November 1991, ebd., Mappe 199, S. 3.

[43] Ebd., S. 1 u. 3.

[44] Brandt, „Zukunft des Demokratischen Sozialismus", S. 3; vgl. auch ebd., S. 18.

IV.
Zwischenstück

Für diesen Vortrag habe ich mehr als 60 Texte ausgewertet, gedruckte und ungedruckte; sie sind gesammelt im Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, das ca. 400 laufende Meter Akten, Fotos, offizielle Fotobände sowie zahlreiche dreidimensionale Gegenstände umfaßt, und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Eine Personalbibliographie, die bis 1989 2.927 Veröffentlichungen von Willy Brandt nachweist, war bei der Spurensuche hilfreich. Einen Hauch von dieser Fülle vermittelt Ihnen die von der Archivreferentin Gertrud Lenz gestaltete ständige Willy-Brandt-Ausstellung hier im Rathaus Schöneberg. Ich berichte dies nicht, weil ich und andere Mitarbeiter eine gute Note in Fleiß von Ihnen erwarten. Ich möchte vielmehr die Dimensionen verdeutlichen, die die Voraussetzungen für die zehnbändige „Berliner Ausgabe" der Reden, Schriften und Korrespondenzen von Willy Brandt bilden. Wir, d. h. meine Kollegen Heinrich August Winkler, Gregor Schöllgen und ich, haben die feste, durch entsprechende Vorarbeiten gesicherte Absicht, im Herbst des Jahres 2000 die ersten beiden Bände von je ca. 500 Seiten der Öffentlichkeit vorzustellen. Es wird der Band über den zweiten Teil der Exilzeit Willy Brandts seit 1941 sein; er wird von unserem Osloer Kollegen Einhart Lorenz bearbeitet; der zweite Band behandelt das Thema Willy Brandt und die SPD 1948 bis 1972; Daniela Münkel, eine Wissenschaftlerin aus der jüngeren Generation, betreut ihn.

Wir alle hoffen selbstverständlich auf eine großartige Resonanz, zustimmend oder kritisch, euphorisch oder distanziert, und hoffen vor allem auf eine riesige Kauf- und Leselust – der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. wird Sie rechtzeitig auf Ihre Möglichkeiten aufmerksam machen.

Wir alle, die wir mit dem Nachlaß von Willy Brandt arbeiten, haben eine grundsätzliche Schwierigkeit gemeinsam, die Älteren unter uns im besonderen Maße: Willy Brandt ist noch nicht – noch lange nicht – eine historisierbare Persönlichkeit, sondern wir nehmen ihn immer noch als einen von uns, unter uns wahr. Vielen von Ihnen wird es genauso gehen. Deshalb müssen Historiker, die gleichzei-

tig Zeugen der Zeit von Willy Brandts Lebensweg und -werk sind, in der Lage sein, Distanz einzuhalten oder wiederzugewinnen, sich vorschnellen Aktualisierungen und Parallelisierungen zu entziehen und doch gleichzeitig die Bedeutung der Gedanken Willy Brandts für uns heute nicht zu übersehen.

V.
Freiheit, die ich meine, ist ohne Sozialismus nicht zu haben.

Erlauben Sie mir deshalb zum Schluß, daß ich noch einmal die Frage aufwerfe, warum Willy Brandt bis an das Ende seines Lebens die Spur des demokratischen, des freiheitlichen Sozialismus nicht verloren bzw. verloren gegeben hat, im Gegenteil: sich zu ihm „ohne Wenn und Aber" bekannt hat.

Foto: Jupp Darchinger (WBA AdsD FES)

Willy Brandt spricht auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover, Mai 1980

- Freiheit, das war für ihn kein Abstraktum, sondern die konkrete Freiheit des Individuums, dessen Fähigkeit, seine Möglichkeiten zur Selbstbestimmung zu nutzen. Dieses Freiheitsverständnis war und blieb der Kernbegriff und Ausgangspunkt für die grundsätzlichen Orientierungen Willy Brandts.
- Freiheit stand immer – und dies ist ein Wesensmerkmal der Gattung Mensch – in einem Spannungsverhältnis zur Gemeinschaft: Freiheit mußte oft gegen die Gemeinschaft erkämpft werden und war doch nur mit der Gemeinschaft zu gewinnen.
- Die menschenwürdige Existenz des Individuums in der Gemeinschaft hing deshalb von einem optimalen Maß an Gleichheit ab, die nicht Gleichmacherei bedeutete, sondern Lebenschancengleichheit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. „Erst in der Verbindung von Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaat wird Freiheit lebendig", sagte Brandt einmal, und er bestand darauf, daß Freiheit und Gleichheit keine Gegensätze seien, sondern einander bedingten.
- Die Mittel und Möglichkeiten, das Bedingungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit in einem vernünftigen und zugleich erträglichen Gleichgewicht zu halten, bot die pluralistische repräsentativ-parlamentarische Demokratie als politisch-institutioneller Rahmen auf der Grundlage einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft.
- Die von Brandt herangezogenen regulativen Ideen, die Freiheit des Individuums und die Ansprüche an solidarische Gemeinschaftlichkeit miteinander zu vermitteln, stammen aus den Denk- und Traditionshorizonten des europäischen demokratischen Sozialismus.
- Deshalb war die Frage „Freiheit oder Sozialismus", worauf Willy Brandt unermüdlich insistierte, eine fundamental falsche Frage; es galt ihm vielmehr als dauernde Aufgabe, Freiheit durch Sozialismus zu stabilisieren und zu erweitern.

Nun frage ich Sie, uns, die wir an der Schwelle ins 21. Jahrhundert stehen: Was ist denn etwa nicht richtig bzw. nicht modern an diesem Denken Willy Brandts?[45]

[45] Für Hinweise auf Texte und Deutungsmöglichkeiten danke ich Einhart Lorenz, Daniela Münkel, Karsten Rudolph und Gertrud Lenz.

Abkürzungsverzeichnis

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung
AfA	Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
BArch	Bundesarchiv
BWBS	Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO-BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
WBA	Willy-Brandt-Archiv

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Heft 1
Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis
Berlin 1998
ISBN 3-933090-00-8

Heft 2
Politik für Berlin – Willy Brandt 1957 – 1966
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999
ISBN 3-933090-01-6

Heft 3
Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik
Vortrag am 9. Oktober 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999
ISBN 3-933090-02-4

Heft 4
Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus
Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
Berlin 1999
ISBN 3-933090-03-2

Sonstige Veröffentlichungen

Willy Brandt 1913 – 1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs
im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.
Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz.
Berlin 1996
ISBN 3-931321-21-5

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts zu wahren und seinen lebenslangen Einsatz für Frieden, Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für die Sicherung der Demokratie und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu würdigen. Damit leistet sie im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis der Geschichte dieses Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913 – 1992“ im Rathaus Schöneberg ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.